

Haltet den Dieb, ruft der Dieb

Finanzminister Lars Klingbeil kündigt Widerstand gegen den EU-Monsterhaushalt an. Doch die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung ist dahin.

Philipp Gut

Das von Ursula von der Leyen angepeilte EU-Rekord-Budget weckt den Widerspruch Deutschlands. Bundesfinanzminister Lars Klingbeil sagt, «vieles» darin sei «nicht zustimmungsfähig». Brüssel sende damit ein «falsches Signal» aus. Die Deutsche an der EU-Spitze will den Haushalt 2028 bis 2034 auf astronomische zwei Billionen Euro aufpumpen, das sind rund 700 Milliarden

Konkret kritisiert Klingbeil insbesondere die Pläne Brüssels, fünfzehn Prozent der nationalen Tabaksteuern abzuschöpfen. Da werde Deutschland «nicht mitmachen». Doch von der Leyen giert nach mehr: Sie will eine neue Abgabe für Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 100 Millionen Euro einführen, die direkt an die Brüsseler Demokratie fließt. Klingbeil hält dies für schädlich: Die neue Steuer würde die Bemühungen der Bundesregierung kaputtmachen, die Wirtschaft zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern und Investitionen ins Land zu holen.

Selbstbewusste Disziplinlosigkeit

Natürlich hat Klingbeil recht mit seiner Kritik am finanz- und fiskalpolitischen Kurs Brüssels. Von der Leyens Kommission scheint jede Bodenhaftung verloren zu haben. Man könnte es noch schärfer formulieren: Diese selbstbewusst proklamierte Disziplinlosigkeit einer immer abgehobener wirkenden EU-Bürokratie, bei der ein Grossteil der Gelder in der Verwaltung oder in Korruption versickert und die nun gar danach giert, direkte Steuern einzuziehen und damit ihre Macht einem kalten Staatsstreich ähnlich noch weiter auszubauen, ist ein Affront gegenüber den Mitgliedsstaaten, Bürgern, Steuerzahlern.

Bloss: Wer kann diese Bundesregierung noch ernst nehmen? Gründet das Kabinett von Friedrich Merz nicht auf dem eklatanten Bruch des Versprechens, die Schuldenbremse niemals anzutasten? Hat der Kanzler nicht eben erst verkündet, die ebenfalls versprochene Senkung der Stromsteuer «für alle» zurückzunehmen? Ist die Koalition von CDU/CSU und SPD nicht überhaupt erst zustande gekommen, weil Merz sich unters Klingbeil legte und den Sozialdemokraten an Zusatzausgaben genehmigte, was sie an Zusatzausgaben haben wollten? Hat nicht der alte Bundestag, vom Volk bereits in die Wüste geschickt, noch rasch jede Sicherung ausgebaut? Hat der Kanzler nicht selbst den Grünen, die nicht einmal mehr in der Regierung sitzen, ein 100-Milliarden-Geschenk für die wahnwitzige Klimapolitik gemacht?

Vollends unglaublich als Mahner und finanzpolitische Stimme der Vernunft ist der Bundesfinanzminister. Unvergessen sind Klingbeils Aussagen am SPD-Parteitag vom Dezember 2023 in Berlin, als er Mehrausgaben von Hunderten Milliarden Euro forderte und monierte, während andere den Turbo zündeten, ziehe Deutschland die Handbremse. Die Schuldenbremse, so Klingbeil wörtlich, sei «ein Wohlstandsrisiko» geworden. Auch in Brüssel wird man sich daran erinnern, dass keiner so konsequent wie er die

Die Rolle als finanzpolitischer Zuchtmeister Europas nimmt Deutschland niemand mehr ab.

Äufnung von gigantischen «Sondervermögen» verlangte, samt der dafür nötigen Änderung des Grundgesetzes. Auch eine Ursula von der Leyen wird nicht übersehen haben, dass Klingbeil beispielsweise am 13. März 2025 im Bundestag betonte, es gehe darum, erheblich mehr öffentliche Mittel als bisher «schnell» ausgeben zu können – in «historischen» Dimensionen. Es brauche einen «Investitions-Booster» und «Reformen».

Zum Verwechseln ähnliche Worte

Irgendwie kommt einem das bekannt vor. Die EU-Kommissionspräsidentin verwendete jedenfalls zum Verwechseln ähnliche Worte, als sie am 16. Juli 2025 ihre «Erklärung» zum EU-Haushalt abgab: Auch sie sprach, wie Klingbeil, überschwänglich von Ausgaben in nie gesehener Höhe («Der nächste mehrjährige Finanzrahmen ist der ambitionierteste, den wir jemals vorgeschlagen haben»), und von «Investitionen und Reformen».

Fazit: Der Widerstand des Bundesfinanzministers gegen die Brüsseler Ausgabenwut ist so glaubwürdig wie das Gelübde eines Alkoholikers, nur noch am Wochenende trinken zu wollen. Er hat längst selbst alle Schleusen geöffnet. Die Rolle als finanzpolitischer Zuchtmeister Europas nimmt diesem Deutschland darum niemand mehr ab. Die Signale aus Berlin sind so falsch wie jene aus Brüssel.



«Falsches Signal»: Vizekanzler Klingbeil.

mehr als in der laufenden Periode – oder eine Aufstockung um 50 Prozent. Klingbeil rüffelt: «Wir müssen bei den Finanzen absolut im Verhältnis bleiben.» Das sehe er «als nicht gewahrt» an.